



EvB

Erklärung von Bern

Dichiarazione di Berna

Déclaration de Berne

Referat anlässlich der Medienkonferenz vom 12. Januar 2006 in Bern

Andreas Missbach, Fachbereichsleiter Banken und Finanzplatz Schweiz, Erklärung von Bern

Substanz statt Schwurbel: Steuern zahlen und UNO-Normen umsetzen

Mit ihren Public-Eye-Veranstaltungen verleihen die Erklärung von Bern und Pro Natura der Diskussion um die Verantwortung von Unternehmen seit dem Jahr 2000 auch in Davos etwas Substanz. Zum Beispiel durch Agenda Setting, also das Lancieren wichtiger neuer Themen. Im vergangenen Jahr erfuhr die inzwischen institutionalisierte Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum deshalb zwei Neuerungen: Einerseits die Preise für besonders unverantwortliche Unternehmen, andererseits lancierten wir Steuern als lange unterschlagenen Kernbereich verantwortlicher Unternehmensführung.

Transnationale Unternehmen äussern sich seit einigen Jahren wortreich über ihre soziale Verantwortung, neudeutsch Corporate Social Responsibility. Angaben über ihre Steuerzahlungen, als ein eindeutiger und quantifizierbarer Beitrag an die Gesellschaft fehlen aber in ihren Corporate Social Responsibility Reports. Dasselbe gilt auch für das WEF. Im diesjährigen Programm findet sich keine einzige Veranstaltung, die das Steuerverhalten der Unternehmen thematisiert. Am Open Forum gibt es zwar eine Diskussion über die Auswirkungen der globalen Steuerkonkurrenz, bezeichnenderweise nimmt daran jedoch kein Unternehmensvertreter teil. Vor einigen Jahren lancierte das WEF eine Initiative gegen Korruption, doch auch dort kam das heisse Eisen Steuerhinterziehung nicht zur Sprache. Dies ist um so erstaunlicher, als für aggressive Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug die selben Konstruktionen in Steueroasen und Offshore-Finanzzentren gebraucht werden, wie für das Waschen und Verstecken von Korruptionsgeldern.

KPMG als reuige Beihelferin zur Steuerhinterziehung

Während Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltfragen im Zusammenhang mit Unternehmensverantwortung schon länger diskutiert werden, ist der Einbezug von Steuern neu. Auf die Agenda von NGOs und internationalen Organisationen gesetzt wurde das Thema durch das von der EvB mitgegründete Tax Justice Network. Doch wir sind nicht allein, wenn wir diesem Grundaspekt jeder Diskussion um Unternehmensverantwortung eine grosse Zukunft voraussagen. Jeffrey Owens, Direktor für Steuerpolitik bei der OECD meinte dazu in der Financial Times: «Tax is where the environment was 10 years ago». Mit dem Preis in der Kategorie Steuern gelang es uns letztes Jahr in Davos aggressive Steuervermeidungspraktiken von Unternehmen öffentlich zu problematisieren. Dieser Public Eye Award ging 2005 an die Firma KPMG International. Die weltweit tätige Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgruppe ist äusserst aktiv in der Entwicklung von Steuerspartricks und ermuntert ihre Kunden systematisch zur Steuerumgehung.

KPMG war nicht darauf vorbereitet, dass ihr Verhalten als sozial unverantwortlich angeprangert werden könnte. Entsprechend konfus reagierte die Firma auf die Preisverleihung: Gegenüber der englischen Zeitung Guardian wies KPMG alle Vorwürfe als irreführend zurück – ohne jedoch auszuführen, was im Detail falsch sei. Und KPMG Schweiz verriet der Presse, dass sie mit den angebotenen Steuersparmodellen vor allem in den USA «hart an die Grenzen» der Legalität gegangen seien. Eine Einschätzung die im Sommer 2005 mehr als bestätigt wurde, als KPMG USA im Rahmen eines aussergerichtlichen Vergleichs 465 Millionen Dollar Strafzahlung auferlegt wurde. Der Verkauf von fiktiven Schulden an Superreiche in den USA, mit denen diese ihre Steuerzahlungen massiv reduzieren konnten, war auch schon ein Hauptgrund für die Nominierung von KPMG für den Public Eye Award.

Die Auseinandersetzung der EvB mit diesem Unternehmen blieb nicht auf Davos beschränkt. So erhielten wir Gelegenheit, in der KPMG-Mitarbeiterzeitung K-People unsere Sicht der Dinge darzulegen. Und eine grosse Schweizer Nicht-Regierungsorganisation, die ihre Bücher von KPMG prüfen lässt, nahm die Award-Verleihung zum Anlass, die Firma mit ihrer Steuerberatungspraxis zu konfrontieren. Nach einem Briefwechsel kam es kürzlich zu einem Treffen einer NGO-Delegation mit Beteiligung der EvB und Hubert Achermann, dem CEO von KPMG Schweiz. Auch wenn sich davon nichts Handfestes berichten lässt, so zeigt es doch, dass dank den Public Eye Awards die Auseinandersetzung um aggressive Steuervermeidung in der Chefetage der Buchprüfungsfirma angekommen ist.

WEF verpasst Entwicklungen bei der UNO

Zu den prominenten Abwesenden am WEF 2006 gehört nicht nur Afrika, das nach dem letztjährigen Hype wieder fast vollständig aus Akten und Traktanden gestrichen wurde, sondern auch die aktuellen Entwicklungen zum Thema Unternehmensverantwortung. Dabei hat sich in den letzten Jahren Wichtiges ereignet, wie ein kurzer Blick zurück zeigt. Am 13. August 2003 hat die Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights die UNO-Menschenrechtsnormen für transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen (Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights) verabschiedet. Diese Normen konkretisieren die Menschenrechtsverpflichtungen von Unternehmen, die sich aus verschiedenen völkerrechtlichen Instrumenten wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, dem UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, der Erklärung der internationalen Arbeitsorganisation über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit sowie der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung ergeben. Darüber hinaus berücksichtigen sie auch freiwillige Standards, wie die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen oder den Global Compact. Letzterer ist übrigens dem WEF heuer auch keine Diskussion mehr wert, obwohl der Compact seit seiner Lancierung 1999 am WEF durch Kofi Annan zunächst noch als Kind des so genannten „Spirit of Davos“ abgefeiert wurde. Im Gegensatz zum auf unverbindlicher Freiwilligkeit beruhenden Global Compact kodifizieren diese UNO-Normen all jene bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen, soweit sie sich auf Unternehmen beziehen. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu international bindenden Rahmenbedingungen.

Diesen April nun beschloss die UNO-Menschenrechtskommission die Ernennung eines Sonderbeauftragten für die Menschenrechtsverpflichtungen von Wirtschaftsunternehmen im Allgemeinen und transnationalen Konzernen im Besonderen. Dieser erhielt das Mandat, Menschenrechtsstandards für Unternehmen zu identifizieren, die Rolle der Regierungen bei der Umsetzung zu studieren und Methoden für die praktische Überprüfung der Menschenrechtsauswirkungen von Unternehmensaktivitäten zu entwickeln. Diese zentrale Aufgabe ging an John Ruggie, der in seiner früheren Funktion als Sonderberater des UNO-Generalsekretärs für den Global Compact 2004 Gast des Public Eye war.

Gemeinsam mit Hunderten von Nicht-Regierungsorganisationen in aller Welt setzt sich die EvB für die Verabschiedung dieser UNO-Normen ein. Bis es soweit ist, können Unternehmen die Ernsthaftigkeit ihrer Bekenntnisse zu gesellschaftlicher und ökologischer Verantwortung dadurch beweisen, dass sie dieses dringend nötige Regelwerk heute schon umsetzen.

Wer dies freiwillig tut, muss kaum befürchten, von uns eine Einladung nach Davos zur Entgegennahme des Public Eye Awards 2006 zu erhalten. Allen übrigen Verdächtigen und WEF-Teilnehmern halten die Erklärung von Bern und Pro Natura am kommenden 25. Januar wieder den Spiegel ihres eigenen Fehlverhaltens vor. Und üben so weiterhin Druck auf Unternehmen aus, Mensch und Natur in ihrem Geschäftsgebaren endlich zu respektieren. Natürlich wird dazu auch dieses Jahr wieder ein Preis für Unternehmen mit unverantwortlicher Steuerpraxis verliehen. Eine der nominierten Firmen wurde übrigens im vergangenen Jahr von KPMG abgespaltet. Diese Nominierung ist ein weiteres Zeichen dafür, dass wir kontinuierlich an diesem und unseren anderen Themen dranbleiben.

Zürich, im Januar 2006

Erklärung von Bern, Postfach 1327, CH-8031 Zürich, Schweiz, Tel. + 41 (0)44 277 70 00, Fax + 41 (0)44 277 70 01,
Déclaration de Berne, 2, rue de Genève, CH-1000 Lausanne 9, Suisse, Tél. + 41 (0)21 620 03 03,

www.evb.ch